

Wien, am Freitag, den 2. April 1926

Städtischer Ehrenpreis für den Künstlerbund. Der vom Gemeinderat dem Oesterreichischen Künstlerbund gewidmete Ehrenpreis der Stadt Wien im Betrage von dreihundert Schilling wurde von der am Mittwoch versammelten Jury dem akademischen Maler Anton Konrad Schmidt für seine in der zwanzigsten Jahresausstellung der genannten Vereinigung ausgestellten Werke zuerkannt.

Die Not der Provinzbühnen.

Die Regierung soll helfen.

Infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Krise sind die österreichischen Provinztheater in eine äusserst schwierige Lage geraten, die in Klagenfurt bereits zur Sperre des Stadttheaters geführt hat. In Salzburg wird das Theater schon seit längerer Zeit von einer Arbeitsgemeinschaft geführt und obwohl in den meisten Landeshauptstädten die Gemeinde auf die Lustbarkeitsabgabe verzichtet und auch sonst erhebliche finanzielle Opfer bringt, stehen die dortigen Bühnen vor dem Zusammenbruch. Der Städtebund hat nun heute im Sitzungssaal des Alten Rathauses in Wien eine Besprechung mit den Vertretern der Gemeinden abgehalten, die ein Theater besitzen. Es waren die Städte Baden, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz, Salzburg, St. Pölten und Wiener Neustadt vertreten. An den Beratungen nahmen auch Vertreter des Bühnenvereines teil. Die Vertreter der Städte berichteten über die wirtschaftliche Lage ihrer Bühnen. Aus diesen Berichten war zu entnehmen, dass keine einzige Stadtverwaltung mehr in der Lage sei, die grossen finanziellen Opfer für das Theater weiter zu tragen. Von einzelnen Vertretern wurde auch auf die grossen Lasten verwiesen, die den städtischen Bühnen durch die Bestimmungen des Kollektivvertrages des Bühnenvereines erwachsen. Gemeinderat Waldmüller (Innsbruck) beantragte, dass eine Abordnung unter Führung von Funktionären des Städtebundes beim Bundesfinanzminister vorsprechen und einen Bundesbeitrag für die Provinzbühnen verlangen soll. Dieser Beitrag soll nicht den Gemeinden, sondern den notleidenden Theatern zugutekommen. Der Antrag wurde angenommen und es wurde auch angeregt, dass die einzelnen Städte mit dem Bühnenverein wegen einer entsprechenden Aenderung der Verträge verhandeln sollen. Nach einer ausführlichen Aussprache über die Höhe der erforderlichen Regierungssubvention begab sich eine Abordnung in das Finanzministerium, wo sie vom Bundesfinanzminister Kollmann empfangen wurde. Namens des Städtebundes berichtete Sekretär Honay dem Minister ausführlich über die Wünsche der Städte bezüglich der Regierungshilfe für die Provinztheater. Die Vertreter der grossen Städte gaben dann einen Ueberblick über die Lage ihrer Bühnen. Bundesfinanzminister Kollmann erklärte, dass für eine Bundessubvention der Provinztheater die Tatsache spreche, dass die Regierung grosse finanzielle Opfer für die Bundestheater bringe. Für das Jahr 1926 sei aber eine Bundeshilfe für die Provinzbühnen aus budgetären Gründen unmöglich. Der Städtebund müsse sich mit den Parteien des Nationalrates ins Einvernehmen setzen, damit für das Jahr 1927 in den Bundesvoranschlag auch ein Beitrag für diesen Zweck eingesetzt werde. Er würdige die grosse Bedeutung, die den Provinztheatern zukommt, vollauf und werde, wenn sich die Parteien über eine Regierungshilfe geeinigt haben, keinerlei Einwände erheben.

Die Vertreter der Städte mit Theatern betrauten hierauf den Städtebund mit der weiteren Führung dieser Angelegenheit.
